

Lösch, Dieter

**Article — Digitized Version**

## Fünf Jahre GUS

Wirtschaftsdienst

*Suggested Citation:* Lösch, Dieter (1997) : Fünf Jahre GUS, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Nomos, Baden-Baden, Vol. 77, Iss. 1, pp. 4-

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/137423>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

**E**nde 1996 jährte sich der Gründungstag der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) zum fünften Mal. Am 21. Dezember 1991 hatten in Alma-Ata Rußland und zehn ehemalige Sowjetrepubliken (neben den baltischen Staaten fehlte Georgien) eine Allianz vereinbart, die „weder ein Staat noch ein überstaatliches Gebilde“ sein sollte. Als oberste Beratungs- und Entscheidungsorgane wurden der „Rat der Staatschefs“ und der „Rat der Regierungschefs“ bestimmt, für verbindliche Beschlüsse Einstimmigkeit vereinbart und als ständiges Koordinierungsorgan in Minsk ein Komitee mit Sekretariat eingerichtet.

In den seither vergangenen fünf Jahren wurden auf der Grundlage dieser Vereinbarung rege Aktivitäten entfaltet: 20 Gipfelkonferenzen abgehalten, Ministerräte und eine interparlamentarische Versammlung und ein zwischenstaatliches Wirtschaftskomitee gebildet sowie mehr als 600 Dokumente – ein GUS-Statut sowie Abkommen auf den verschiedensten Politikfeldern – unterzeichnet. Doch die Konferenzen führten zu kaum greifbaren Ergebnissen, und die – nicht selten nur von einem Teil der Mitglieder unterzeichneten – Abkommen wurden nicht umgesetzt. So wurde zum Beispiel von der (ohne Mitwirkung der Ukraine und Tadschikistans beschlossenen) stufenweisen Einführung einer Wirtschaftsunion bisher nicht einmal die erste Stufe, die Schaffung einer Zollunion, realisiert.

Die immer wieder geäußerte Ansicht, die GUS sei auf dem Wege zu einer Konföderation oder gar zu einem neuen russischen Imperium, entbehrt deshalb jeder Grundlage. Ebenso falsch wäre es aber, die GUS als bloße Fiktion zu betrachten, kaum mehr als ein Sammelbegriff für die nach dem Ausscheiden der baltischen Republiken verbliebenen Nachfolgestaaten der Sowjetunion. Zumindest gab sie den



Dieter Lösch

## Fünf Jahre GUS

Rahmen ab für eine „zivilisierte Scheidung“, d.h. eine halbwegs geordnete Aufteilung der Aktiva und Passiva und Übernahme der völkerrechtlichen Verpflichtungen der ehemaligen Sowjetunion. Aber das Etikett ist irreführend. Die GUS ist keine wirkliche Gemeinschaft, kein Subjekt des Völkerrechts. Und die Unabhängigkeit ihrer Mitglieder ist mehr als fragwürdig. Deren Geschichte als Sowjetrepubliken, die sie für Rußland zum „nahen Ausland“ macht, die Sicherheitsinteressen und das unverhohlene Vormachtstreben Rußlands sowie die Anwesenheit russischer Truppen in allen diesen Ländern (außer Usbekistan) bedingt zweifellos eine erhebliche Einengung ihrer politischen Optionen.

In der GUS sind sowohl zentrifugale als auch zentripetale Kräfte am Werk. Die meisten GUS-Staaten sind finanziell und wirtschaftlich stark von Rußland abhängig. Um so mehr fürchten sie – nicht erst seit dem Duma-Beschluß zur Wiederherstellung der Sowjetunion –, daß Rußland mit Hilfe der GUS-Integration versuchen könnte, das russische Imperium zu restaurieren, was sich lähmend auf ihre Bereitschaft zur Zusammenarbeit im GUS-Rahmen auswirkt. So gibt es zum Beispiel in der zwischen Russophobie und Russophilie hin- und hergerissenen Ukraine – dem nach Wirt-

schaftskraft und Bevölkerungszahl zweitwichtigsten GUS-Land – Bestrebungen in Richtung auf das Fernziel einer EU-Mitgliedschaft.

Vor diesem Hintergrund verwundert es kaum, daß sich die GUS-Integration in „unterschiedlichen Geschwindigkeiten“ und „à la carte“ auf drei Ebenen vollzieht: Da ist einmal die „hochintegrierte“ Gemeinschaft Rußland/Weißrußland, sodann der als „Gemeinschaft Integrierter Staaten“ (GIS) firmierende harte Kern der GUS (mit der Zweiergemeinschaft sowie Kasachstan und Kirgisien) und schließlich die alte GUS-12 mit multilateraler Zusammenarbeit auf der Basis des jeweils kleinsten gemeinsamen Nenners und (soweit man sich auf einen solchen nicht einigen kann) auf der Grundlage von Abkommen wechselnder Gruppen von Mitgliedern.

Wie die Zukunft der GUS aussehen wird, vermag angesichts dieser divergierenden Kräfte niemand zu sagen. Zudem wird sie ganz wesentlich von der innenpolitischen Entwicklung in den größeren Mitgliedsländern bestimmt werden. Für starke Kräfte in Rußland ist die Wiederherstellung des russischen Imperiums mehr als eine Herzensangelegenheit. In den übrigen GUS-Staaten, vor allem jenen, in denen die Demokratisierung gescheitert ist, werden – neben wirtschaftlichen Überlegungen – die Interessen der Machteliten die Haltung zur GUS bestimmen. Nach den Erfahrungen des Tschetschenien-Krieges scheint es gänzlich unwahrscheinlich, daß Rußland versuchen könnte, eine vertiefte GUS-Integration mit Gewalt zu betreiben. Eine freiwillige Reintegration erscheint aber – sieht man einmal von Weißrußland ab – nicht minder unwahrscheinlich. Somit ist abzusehen, daß sich auf dem Gebiet der ehemaligen UdSSR neue Formen der regionalen Zusammenarbeit herausbilden werden, deren Intensität und räumliche Grenzen heute allerdings noch ungewiß sind.